

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastr. 7, Fernruf 4423, Teleg: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konkordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Niden, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Demokratie und christliche Arbeiterbewegung.

Auszug aus der Rede des

In einer gewaltigen Massenversammlung des christlichen Gewerkschaftsbundes in Essen sprach der Reichsminister, Kollege Giesberts, über die christliche Arbeiterbewegung zu folgenden Worten: „Insgesamt wohlthuend wirkte es, zu sehen, mit welcher Energie und inbrünstiger Hingabe der ergrauten Führer unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung davon strebt, Volk und Vaterland wieder emporzuführen. Ergreifend wirkte sein Bekenntnis, daß er fest und unerschütterlich an die Zukunft von Volk und Vaterland und insbesondere an die Zukunft unserer christlichen Arbeiterbewegung glaube. Eindringlich, ernst und mahnend sprach er, und ein jeder Zuhörer hatte das Gefühl, das sind keine Phrasen, das sind ehrliche, von Herzen kommende Worte. Daß der erprobte Arbeiterführer noch die volle Zuneigung seiner Arbeitsbrüder besitzt, zeigte die Essener Kundgebung mit aller Deutlichkeit. Und in der Tat, wenn einer das Vertrauen der Arbeiterschaft verdient, dann der Kollege Giesberts, der nicht vergessen hat, daß er selbst Arbeiter gewesen ist. Das Nachfolgende ist ein Auszug aus seiner Rede.“

Volk und Vaterland stehen vor ungeheuren Problemen. Da ist es angebracht, daß die christliche Arbeiterbewegung auf den Plan tritt, um die Richtschnur zu geben, um den Weg zu zeigen, der allein zur Bewirklichung der großen Aufgaben, die zu lösen sind, führen kann. Was wir gegenwärtig sehen, ist wenig erfreulich und hat Anlaß zur Unzufriedenheit und Kritik gegeben. Der verlorene Krieg brachte die revolutionären Triebe, die allenthalben schlummerten, explosiv zur Auslösung. Darüber besteht kein Zweifel, daß die revolutionären Strömungen bereits vor dem Kriege im sozialistischen Lager stark waren, daß aber erst der verlorene Krieg die Sozialdemokratie veranlaßte, mit offenen Karten zu spielen. Trotz des Ernstes der Lage ist so viel sicher, daß der Weg zur Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse unbedingt zum Ziele führen muß, wenn er in vernünftige Bahnen gelenkt wird. Jeder Versuch, der Klassenherrschaft zum Durchbruch zu verhelfen, muß endlose Bürgerkriege und unüberwindliche Wirtschaftskrisen heraufbeschwören. Unsere Aufgabe muß es sein, das Entsetzliche abzuwenden.

Wie soll sich die christliche Arbeiterbewegung für die kommende Zeit orientieren?

Die christliche Arbeiterbewegung resultiert aus der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Sie ist nicht das, als was man sie früher so gerne hinzustellen versuchte, eine Unternehmerschutztruppe oder gar eine kirchliche Schutztruppe. Sie ist die Auswirkung einer Zeit, wo der christliche Gedanke sich wirtschaftlich und politisch zu verdichten begann. Die christliche Arbeiterbewegung war stets eine Gegnerin des Kapitalismus, sie war es, die von Anbeginn eintrat, für gute Arbeitsbedingungen, angemessene Löhne und Wertschätzung der einzelnen Persönlichkeit. Beim Verfolg dieser Ziele hätten wir Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie kämpfen können. Wenn dies nicht geschah, so geschah das aus dem Grunde, weil wir uns bewußt waren, daß

Der Grundpfeiler des Arbeiterglückes auf den sittlichen und religiösen Idealen beruht.

Wir verlangten, daß die christliche Weltanschauung beachtet werde. Dieser Umstand führte zur Trennung zwischen uns und der Sozialdemokratie. Die großen Schwierigkeiten, welche der christlichen Arbeiterbewegung anfangs bereiteten waren, waren bald überwunden, und die Bewegung entwickelte sich zu einem Machtfaktor, mit dem auch die Neuorientierung im heutigen Deutschland rechnen muß. Uns trennt von der Sozialdemokratie der große Gegensatz auf sittlich-religiösem Gebiete, die Auffassung von der Konstruktion der menschlichen Gesellschaft. Das Privateigentum muß auch bei den weiteren Sozialisierungsversuchen unangetastet bleiben. Uns trennt ferner von der Sozialdemokratie die Auffassung hinsichtlich des Staatswesens. Aber nachdem das Kaiserturn durch die Revolution gestürzt ist, haben wir uns mit dieser Tatsache abfinden müssen und wir christliche Arbeiter haben die Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, daß die deutsche Republik nicht zu einem Tummelplatz kosmo-

politischer Ideen werde, sondern daß eine Verfassung durchgeführt wird, welche die sichere Existenz der jungen Republik verbürgt.

Stets haben wir uns gegen die Sozialdemokratie angestemmt und uns nie in ihrem Schlepptau befunden. Deshalb müssen wir dagegen protestieren, daß man innerhalb unserer Reihen Gegenläufe schaffen will, um so die Revolution von rechts oder von links zu begünstigen. Wir haben mitgeholfen, das soziale Gebäude Deutschlands zu errichten, haben in den Arbeitern den Gedanken des freien Bürgers geweckt, haben in Millionen von Herzen das Selbstbewußtsein und die Energie zum Erwachen gebracht und gestärkt. Unsere erste Aufgabe muß daher sein,

die Selbständigkeit und Eigenart der christlichen Arbeiterbewegung

beizubehalten. Unser Weg ergab sich aus der Lebenserfahrung praktischer Männer, die auf festem Boden standen, um so das Wohl aller Volksschichten sicherzustellen. Wenn wir einen scharfen Trennungsstrich in religiöser Hinsicht gezogen haben, so geschah dies nicht deshalb, weil wir bessere Menschen sein wollten. Wir schöpfen eben unsere Ideale aus der christlichen Weltanschauung. Deshalb verurteilen wir die Andersdenkenden nicht, aber wir verlangen auch, daß wir nicht verurteilt werden. Die Gegner müssen unser Christentum unangetastet lassen, sonst schaffen sie sich einen erbitterten Gegner. Bedinglich deshalb haben wir uns zu einem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie in der Regierung verstanden, weil wir keine weiteren Trümmerhaufen schaffen wollten bzw. nicht zulassen wollten, daß solche geschaffen werden. Deutschland kann sich bald erholen, wenn die vernünftigen Elemente zusammenstehen. Die Arbeitsenergie blieb uns erhalten. Wenn wir vorwärts kommen wollen, dann müssen wir den Willen und die Ueberzeugung haben, daß wir vorwärts kommen. Ich glaube an die Zukunft von Volk und Vaterland.

Wir christlichen Arbeiter erstreben die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen. Wir halten daran fest, daß jeder Versuch, die Politik nach Klassen zu scheiden, zurückgewiesen werden muß. Wir lehnen jedwede Egalisierung, die den Vorwärtstrieb im Menschen tötet, ab. Der einzelne Mensch muß sich auswirken können.

Wie stellen wir uns zur Frage der Sozialisierung?

Gehe man weitere Sozialisierungsversuche unternimmt, müssen die ältesten sozialisierten Betriebe, Eisenbahn und Post, rentabel gestaltet werden. Das Wirtschaftsleben muß so ausgebaut werden, daß das Finanzleben sich entsprechend gestaltet. Wir verlangen im öffentlichen Leben für uns Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit. Ueber Gegenläufe müssen wir uns hinwegsetzen und den Mitmenschen, da, wo dies möglich ist, zur Mitarbeit heranziehen. Gemeinsam müssen wir arbeiten, und uns die Arbeit nicht durch Vorurteile verleißen lassen. Der nationale Gedanke, der Gedanke des deutschen Volkstums, muß gefördert werden. Deshalb müssen wir den nationalen Gedanken unserer Bewegung immer wieder betonen, die nationale Selbstachtung heben und stärken, um so unseren Brüdern im besetzten Gebiete ein Vorbild zu geben. Zusammen mit der Pflege des nationalen Gedankens muß die Pflege des deutschen Volkstums gehen. Es ist geradezu beschämend, wenn man die wilden Auswüchse, die sich mehr und mehr geltend machen, sieht. Wir lehnen die Klassenherrschaft in jeder Form ab. Die Arbeiterschaft allein kann nicht regieren; sie soll als gleichberechtigter Faktor mit allen anderen Ständen zusammenarbeiten. Die gegenseitigen Kapitalgeverien müssen endlich aufhören. Wir müssen lernen, uns gegenseitig dulden und alle Fähigkeiten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete auszuweisen. Wir christlichen Arbeiter können aus unserer christlichen Ueberzeugung die Kraft schöpfen, dies alles durchzuführen.

Wie wollen wir diese Aufgaben durchführen?

Wir müssen uns hineinsetzen ins öffentliche Leben. Hunderttausende von Arbeitern rümen mit dem Gedanken, da anzukämpfen, wo sie einst aufgehört haben. Nur

Opfergeist kann uns groß machen. Wenn wir so unsere Ideen erfassen und verbreiten, dann ist die Voraussetzung für Deutschlands Zukunft gegeben. Bei ernstem Willen können wir unser Volk und Vaterland retten. Radikale Forderungen retten uns nicht. Deutschland muß arbeiten und leiden, wenn es wieder aus Licht der Sonne kommen will. So weit müssen wir wieder kommen, daß deutsche Arbeit das deutsche Volk ernährt. Haben wir das im Auge. Dann gilt es aber auch, Treue den bewährten Führern zu bewahren. Nur wenn Führer und Arbeiter vertrauensvoll zusammenarbeiten, ist die christliche Arbeiterbewegung unüberwindlich.

Zur gegenwärtigen Lage in der Textilindustrie.

Aus fast allen deutschen Textilindustriebezirken ist in den letzten Wochen übereinstimmend von einer Geschäftskille berichtet worden. Im Laufe weniger Wochen ist aus dem flotten ein stiller Geschäftsgang geworden. Es tritt jetzt mehr und mehr in die Erscheinung, daß die scheinbare Blüte, die als Erbschaft der Kriegskonjunktur auch die anderthalb Jahre nach Kriegsende beherrschte, eben doch nur eine scheinbare war. Die erste, aber nicht alleinige Ursache der gegenwärtigen Krise ist die Valutafrage. Es mußte früher oder später einmal für das deutsche Wirtschaftsleben verhängnisvoll werden, daß man zu Anfang dieses Jahres unsere Geldwährung auf einen so ganz niedrigen Stand heruntersinken ließ. Nun sind Monate hindurch die Preise wahnsinnig gestiegen, was zu einer fürchterlichen Verwirrung unserer Finanzen und zu einer gänzlichen Umkehrung aller Verhältnisse geführt hat. Und nun ist das, was an sich ein Segen war, die erste Besserung der Valuta, für die Produktion der Anstoß zu neuem Unheil geworden. So unglaublich das klingen mag, es ist doch ohne weiteres verständlich. Der Käufer nämlich, der bisher alles Er-langbare kaufte, in der Furcht, daß die Preise nur immer weiter steigen würden, kaufte jetzt infolge der ersten Preisrückgänge nur noch das absolut Notwendigste in der Hoffnung, daß die Preise noch weiter sinken würden. Das gab den ersten Anstoß zu der jetzigen Störung im Wirtschaftsleben.

Hinzu tritt dann aber ferner noch, daß eine große Reihe von Inlandszeugnissen noch weiter scharf unter der Tendenz der Preiserhöhung stehen. Gerade die wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittel werden nicht billiger, sondern um vieles teurer. Und das bedeutet, daß auch dem Abbau der Löhne, der sonst einem durch die Valutabesserung erzielten Abbau der Preise hätte nachfolgen können, ein außerordentliches tatsächliches Hindernis im Wege steht. Darum ist die Kaufunlust großer Schichten nichts anderes als wie eine Kaufunfähigkeit. Es ist ja ganz gewiß nicht so, daß die Einkommen durchweg auch nur annähernd im gleichen Maße gestiegen wären wie die Preise. Das ist die Lage. Nicht nur die Kaufunlust ist im Augenblick verschwunden, auch die Kaufkraft ist gesunken. Das haben uns auch die Ergebnisse der Messen in der letzten Zeit gezeigt. Während noch auf der Leipziger Frühjahrsmesse die Nachfrage überaus groß war, hatten die kürzlich in Breslau und Frankfurt abgehaltenen Messen nur geringfügige Umsätze zu verzeichnen.

Es dürfte nun unsere Mitglieder interessieren, einmal zu erfahren, wie von mit dem Textilgebiet vertrauten Persönlichkeiten die augenblickliche Lage speziell in unserer Industrie beurteilt wird. In der Berliner „Post“, Nr. 229 vom 19. Mai verbreitet sich unter der Ueberschrift: „Vermorrenheit auf dem Textilienmarkt.“ Bruno Abendroth-Berlin über die gegenwärtige Lage der deutschen Textilindustrie u. a. folgendermaßen:

Trotz der Besserung der Mark ist der Einkauf der Rohmaterialien, auf die die heimische Textilindustrie angewiesen ist, noch immer sehr teuer; hinzu kommen die großen Aufkosten, die den Betrieben durch Lohn- und Gehaltszahlungen, durch Steuerabgaben, durch die übrigen Geschäftsspielen entstehen. In den Detailgeschäften sei die Ware noch immer erheblich billiger, als wie sie von den Fabrikanten jetzt hergestellt wird. Früher wurden noch die beträchtlichen Heeresbestände verbraucht, jetzt müsse man sich fast ausschließlich ausländische Rohmaterialien verschaffen.

Man neigt sogar vielfach der Ansicht zu, daß die Preise im Herbst von neuem anziehen werden. Jedenfalls erklären Fabrikanten, Großisten und Kleinhändler, die Ware nicht billiger herunterzeichnen zu können, da sonst schwere Verluste für sie entstehen würden.

Soll die Abfassung weiter an, so drohen der Textilindustrie schwere Gefahren. Es werde dann zu umfangreichen Arbeiterentlassungen und Betriebs-einstellungen kommen; was das bedeutet, kann Entlohnungen in der größten Industrie Deutschlands mitteilen, muß jedem klar sein, der einige Einsicht in wirtschaftliche Dinge besitzt. Das Interesse von Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten und von Millionen von Menschen, die mit dem Textilloch in mittelbarem Zusammenhang stehen, läßt es erwünscht erscheinen, daß die Abfassung in dem jetzigen Umfange nicht länger anhält.

Wir können der Ansicht, daß die Waren nicht billiger abgesetzt werden können, nicht beitreten. Wir halten es zur Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sogar für angebracht, daß an einen Abbau der Warenpreise herangetreten wird. Auf jeden Fall muß erst an den Abbau der Warenpreise gedacht werden, bevor die Löhne abgebaut werden können. Webereidirektor H. Gebauer, Mitglied der Reichswirtschaftsstelle für Kunststoffe und Stoffabfälle, der von sich selber in einer Zuschrift an die Düsseldorf Nachrichten sagt, daß er auf Grund seiner Erfahrungen in der Textilindustrie die Dinge genau kenne, ist ebenfalls dieser Ansicht. Er bezeichnet die Gewinne in Handel und Industrie als unvernünftig hohe, so daß die Arbeiter, ohne diese Gewinne genau zu wissen, sie doch ahnen und es deshalb nicht glauben, wenn man ihnen davon spricht, daß wir durch den Krieg bettelarm geworden sind.

Gebauer vertritt die Auffassung, daß gerade die unvernünftigen Gewinne auf unseren Rohstoffen und Erzeugnissen eine Krise in unser Wirtschaftsleben zu bringen drohen, denn die jetzt eingetretene Kaufmuth sei nicht durch Heberjätigkeit mit Waren hervorgerufen, sondern durch die Angst der Fabrikanten vor ihren eigenen willkürlich geschaffenen Preisen. Er führt einen besonders trassen Fall als Beispiel an, wo der Preis für ein Kilo Garn von 65 M. auf 30 M. ermäßigt worden. Solche Angststrieche am Wuchergewinn der Gespinste könnten aber die Lage nicht durchgreifend ändern. Würden sie plötzlich allgemein vorgenommen, so würden damit höchstens vorübergehende Beschäftigungslosigkeit und damit Arbeiterunruhen hervorgerufen, denn die so verbilligten Garne würden in den Bekleidungs-geschäften noch lange keine billigen Waren dem Arbeiter schaffen, so daß auch auf der einen Seite Mangel an Beschäftigung und Verdienst, auf der anderen Seite teure Bekleidungsgegenstände vorhanden wären.

Im Berliner „Konfessionär“, der führenden Zeitschrift für Modewaren- und Konfektions-geschäfte, Webereien, Spinnereien und Färbereien, bespricht im Leitartikel der Nr. 41 vom 20. Mai Dr. Kurt Weinberg, die Sorgen des deutschen Kaufmanns. Weinberg hat gelegentlich der Frankfurter Messe eine Anzahl bekannter und maßgebender Textilindustrieller usw. über die jetzige Geschäftslage befragt und sich mit ihnen über die Aussichten für die Zukunft unterhalten. Der „Konfessionär“ gibt die aus diesen Besprechungen gewonnenen Eindrücke wieder. Das Hauptinteresse habe der jetzigen und kommenden Preisgestaltung gegolten. Der große allgemeine „Preissturz“ könne nur ein Phantombild sein, eine unbegründete Hoffnung ohne wirkliche Unterlage. Wohl hege jeder Geschäftsmann den dringenden Wunsch, daß endlich einmal die wahnsinnige Hauje ein Ende findet, daß die Zeit der vertriebenen, phantastischen Preise für alle Zeiten vorbei sein möge, und daß wir nun allmählich in

die Periode des so überaus ersuchten Preisabbaues hinein kommen möchten.

Die Aussichten für die Zukunft werden, wie Dr. Weinberg am Schluß seines Artikels hervorhebt, allseitig durchaus nicht ungünstig beurteilt. Wenn die jetzige geschäftliche Krise vorbei sei — solche Krisen hat es ja auch vor dem Kriege sehr oft gegeben —, würde sie sich auch wieder das Gesicht beleben. Der Bedarf wäre nach wie vor gerade in der Textilindustrie und den verwandten Zweigen sehr groß, und wenn er auch durch besondere Umstände kürzere oder längere Zeit künstlich zurückgehalten würde, letzten Endes mache er sich doch bemerkbar und müsse gedeckt werden. In dieser Erwartung gipfelten die Hoffnungen und Aussichten für die zukünftige Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens.

Wir halten dafür, daß die Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht dem wechselnden Geschick überlassen werden darf. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen zu gleichen Teilen daran mitwirken, daß in unserer Industrie eine willkürliche Wucheralkulation mit allen Mitteln bekämpft wird.

Der Pharisäer im Versicherungsfach!

Wer hat ihn aus der Geschichte nicht kennen gelernt, den Pharisäer im Tempel, der uns als abschreckendes Beispiel hingestellt wird, damit wir unsere guten Werke nicht dadurch leuchten lassen sollen, indem wir in eitlem Selbstüberhebung die Werke anderer herabwürdigten. Jedoch müssen wir jenem Pharisäer das Zeugnis ausstellen, daß er wenigstens bei der Wahrheit blieb. Er wußte nämlich, daß er denjenigen, dem er seine guten Werke vortrug, nicht beschwindeln konnte. Nur die Art seines Vortrages war verwerflich.

Der „Volksfürsorge“ (Volksversicherung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Konsumvereine) genügt es aber nicht nur, das Beispiel jenes Pharisäers nachzuahmen, sondern sie wartet in der Aufzählung ihrer guten Eigenschaften auch mit unwahren Behauptungen auf.

In Plakaten, die sie seit mehreren Monaten besonders im Ruhrgebiet an allen möglichen Plätzen anbringen läßt, sucht sie sich als das gemeinnützigste Volksversicherungsumternehmen anzupreisen. Dies glaubt sie aber nur dadurch erreichen zu können, indem sie durch Zahlenmaterial „nachweist“, daß ihre Versicherungssummen höher sind als diejenigen anderer Gesellschaften. Wie in der Politik, so scheint auch im Versicherungsfach die Sozialdemokratie bei Herrn Kapp Schule zu machen. Auch die Kapp'sche „Deftentlich-respektvolle“ Volksversicherung gab i. J. ein Flugblatt heraus, betitelt: „Zahlen beweisen“.

Besonders scheint es der „Volksfürsorge“ darauf anzukommen, ihren größten Konkurrenten, die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung A. G., mit der die christlichen Gewerkschaften im Vertragsverhältnis stehen, als jüdischen Böllner hinzustellen. Dies geschieht dadurch, daß sie ihre Versicherungssummen und die der Deutschen Volksversicherung A. G. in Fettdruck hervorhebt.

Gegen dieses pharisäerhafte Unterfangen wäre weniger zu sagen, wenn die „Volksfürsorge“ wenigstens bei der Wahrheit geblieben wäre. Jedoch scheint sie sich den

Grundsatz eines alten sozialdemokratischen Führers zu eigen gemacht zu haben, nachdem man dem Gegner gegenüber die Wahrheit nicht anzuwenden braucht. Die von ihr angegebene Versicherungssumme der Deutschen Volksversicherung A. G. ist nämlich viel zu niedrig eingesezt.

Und warum fällt es der „Volksfürsorge“ nicht ein, auch die Versicherungsbedingungen zu vergleichen? Dies muß aber geschehen, falls man überhaupt Vergleiche ziehen will. Andernfalls sind nach dem früheren Urteil des Regierungsmathematikers Spangenberg solche Vergleiche als „Freiführung der Versicherer“ zu betrachten.

Doch die „Volksfürsorge“ bezw. ihre Beamten oder Agenten gehen noch einen Schritt weiter. Kürzlich wurde uns aus verschiedenen Orten die Mitteilung gemacht, daß ohne vorherige Bekanntgabe des Themas in Betriebsversammlungen, in denen auch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften anwesend waren, Referate über die „Volksfürsorge“ gehalten wurden. Auch in diesen Referaten richtete sich der Feldzug hauptsächlich gegen die Deutsche Volksversicherung. Dieselbe wurde als ein kapitalistisches Unternehmen bezeichnet, weil sich an ihrer Gründung u. a. 30 private Versicherungsgesellschaften beteiligt hätten, die ihr auch heute noch als Aktionäre angehörten. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Allerdings beteiligten sich an der Gründung der Deutschen Volksversicherung auch 30 private Versicherungsgesellschaften, die ihr zumest heute noch als Aktionäre angehören. Aber diese Mitgründer und Aktionäre haben doch im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung viel größere Opfer gebracht, als die Aktionäre der „Volksfürsorge“, welche da sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Konsumvereine. Sie stellten der Deutschen Volksversicherung ein Grundkapital von 2000000 M. und einen Organisationsfonds von 1000000 M. (letzteren sogar unverzinslich) zur Verfügung und wiesen ihre Vertreter an, für die Deutsche Volksversicherung mitzuarbeiten. Und was erhalten sie für ihre außergewöhnlichen Leistungen?

Von den bei der Deutschen Volksversicherung A. G. angesammelten Gewinnen erhalten zunächst die Versicherten 80%. Die dann folgenden 10% werden zu außergewöhnlichen Rücklagen (also auch im Interesse der Versicherten) verwandt. Erst aus dem dann verbleibenden Rest ist eine Dividende auf das Grundkapital zu verteilen, die für alle Zeiten auf 4% beschränkt ist. Aber sogar auf diesen verschwindend geringen Prozentsatz haben die Aktionäre der Deutschen Volksversicherung A. G. bis Ende des Jahres 1918 verzichtet.

Wie aber verfährt die „Volksfürsorge“? Sie sorgt dafür, daß zunächst ihre Aktionäre (sozialdemokratische Gewerkschaften und Konsumvereine), die ein Grundkapital von 1000000 M. zur Verfügung stellten, 4% vom ganzen Gewinn erhalten. Und in zweiter Linie erst werden die Versicherten bedacht.

Es verdient also betont zu werden, daß die viel beschriebenen Aktionäre der Deutschen Volksversicherung A. G., zu denen übrigens auch die christlichen Gewerkschaften gehören, viel gemeinnütziger wirken als die Aktionäre der „Volksfürsorge“. Müßten dürfte es für die „Volksfürsorge“ einen Schaden haben, sich selbst als Pharisäer und die Deutsche Volksversicherung A. G. als jüdischen Böllner hinzustellen.

Unsern Gewerkschaftsmitgliedern kann aber nicht eindringlich genug gesagt werden, seid auf der Hut und ver-schafft euch so schnell als möglich Material über die ge-

Denke dir deine Zeitgenossen, wie sie sein sollten, wenn du auf sie zu wirken hast; aber denke dir, wie sie sind, wenn du für sie zu handeln versucht wirst. —

Gewinnbeteiligung.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

In der heutigen Wirtschaft gibt es verschiedene Arten von Gewinnbeteiligungen: Kapitalisten bedingen sich einen Anteil am Reingewinn aus; Direktoren von großen Betrieben, Angestellte und Arbeiter werden am Gewinn beteiligt. Hier soll einiges über die Beteiligung der Angestellten und Arbeiter am jährlichen Reingewinn ausgeführt werden. Da ist zunächst die Frage zu beantworten: Was verstehen wir unter einer Gewinnbeteiligung? Wirtschaftslehre erklärt: Unter Gewinnbeteiligung ist die Einrichtung zu verstehen, nach der Angestellte (Beamte, Gehilfen, Arbeiter) eines wirtschaftlichen Unternehmens neben ihrem ausbedungenen Lohne und als Bonus zu ihm einen Anteil am Geschäftsgewinn erhalten und zwar so, daß nicht nur die Größe dieses Anteils als Teil des jeweiligen gesamten Geschäftsgewinns fest bestimmt ist, sondern auch die Verteilung unter die einzelnen Angestellten nach ganz bestimmten rechtlichen Grundsätzen geschieht.

Darnach ist das besondere Kennzeichen der Gewinnbeteiligung, daß man dem bedingenen Einkommen noch ein regelmäßiges, von dem Unternehmer aus freien Stücken gewährtes dazu kommt. Würden die Arbeitnehmer keinen festen Lohn erhalten, sondern am Gewinn und Verlust beteiligt werden, dann hätte diese Art der Beteiligung die Form der Produktionsgenossenschaft. Unternehmer, Angestellte und Arbeiter beteiligen sich hierbei jedoch am Gewinn wie am Verlust. Bei der Gewinnbeteiligung ist die Gefahr des Verlustes ausgeschlossen. Gelegentliche, unregelmäßige oder unbestimmte freiwillige Zuwendungen der Unternehmer gehören nicht in das Gebiet der Gewinnbeteiligung. So sind die sogenannten Gratifikationen, die manche Firmen nach dem Jahresabschluss zahlen, keine Gewinnbeteiligung. Denn nur die Direktoren oder bestimmte Angestellte gewisse Beträge aus dem Jahresgewinn erhalten, sprechen wir von Gratifikationen.

Im großen Ganzen soll die Gewinnbeteiligung von Arbeitseiner anspornen, zu einer ergiebigeren Gütererzeugung führen oder das Unternehmen (sei es industriell, gewerblich oder landwirtschaftlich) gewinnbringender gestalten. Nicht nur die Kräfte und die Güte der herzustellenden Güter soll durch die Gewinnbeteiligung gehoben werden, sondern sie soll auch mit-helfen oder bewirken, daß mit den Stoffen und Werkzeugen haus-hälterlich umgegangen wird. Die Gewinnbeteiligung soll

eben letzten Endes den Gesamtvertrag so hoch wie nur möglich hinaufschrauben. Daneben gibt es gewiß auch andere Erwägungen, die manche Unternehmer bestimmen, die Gewinnbeteiligung in ihren Betrieben einzuführen. So z. B., um Streiks vorzubeugen, um den Angestellten und Arbeitern einen möglichst hohen Ertrag aus ihrer Arbeit zu sichern (also sozusagen von Gerechtigkeit oder Wohlwollen eingegeben). In der Hauptsache aber ist der Zweck der Gewinnbeteiligung, die Gütererzeugung zu heben oder den Reinertrag auf die best-mögliche Höhe zu bringen.

Im Anfang des vorigen Jahrhunderts wurden die ersten Versuche mit der Gewinnbeteiligung in England gemacht. Es dauerte aber längere Zeit bis diese Art der Entlohnung in Deutschland eingeführt wurde. Mit großen Worten wurde die Gewinnbeteiligung so ausgangs der sechziger und anfangs der siebziger Jahre gepriesen. Sie sei ein durchgreifendes Mittel zur Anhahnung und Befestigung guter Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Einzelne glaubten sogar, daß mit dieser Entlohnungsart die soziale Frage zu lösen sei. In Frankreich, Amerika und anderen Ländern bildeten sich Gesellschaften, die nach den Ergebnissen der Gewinnbeteiligung forschten und auf ihre Einführung hinarbeiteten. Viele Versuche wurden aber eingestellt, als sich herausstellte, daß die Einrichtung sich für diese Betriebe nicht eigne. Im gesamten werden die Betriebe, in denen heute Gewinnbeteiligungen eingeführt sind, auf etwa 300 geschätzt. Davon kommen 133 auf England, 80 auf Frankreich, 30 auf Deutschland, 16 auf die Niederlande, 10 auf die Schweiz, 9 auf die Vereinigten Staaten und die übrigen auf die anderen Staaten. Die Angaben deuten schon darauf hin, daß sich die Gewinnbeteiligung im großen Ganzen weder zur Anhahnung und Befestigung guter Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ausgewachsen hat, ganz davon zu schweigen, daß sie etwa die soziale Frage zu lösen geeignet sei. Immerhin, einzelne Betriebe haben sie eingeführt und daß sie beibehalten wird, spricht für die Bewährung in diesen Betrieben.

In der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handel sind Versuche mit der Gewinnbeteiligung gemacht worden. So unter anderem in der chemischen Industrie, der Maschinenindustrie, im Buchdruckergewerbe, in der Textil- und Bekleidungsindustrie und in anderen Erwerbsgruppen. Als das älteste, berühmteste und noch bestehende Unternehmen dieser Art wird Seclair (vormals Redoubt) in Paris geschildert. Dieses führte im Jahre 1843 die Gewinnbeteiligung für seine Angestellten (Kocher, Anstreicher, Tapezierer, Glaser, Dekorateur) ein, um diese Arbeiter zu größerem Fleiß anzuregen. Da die Arbeiten dieses Unternehmens so ziemlich alle außer dem Hause ausgeführt wurden, ja sogar in anderen Städten, so lag es nahe, einen besonderen Anreiz für emsige und fleißige Arbeit zu schaffen und die Aussicht dadurch nach Möglichkeit einbringlich zu machen.

Die Anhänger Seclair glaubten, daß es möglich sei, durch die Gewinnbeteiligung allmählich die Grundlagen der wirtschaftlichen Tätigkeit umzugestalten. Sie soll die Vorbereitung und Vorstufe zu einer genossenschaftlichen Wirtschaftsform, zum allmählichen Erwerb des gesamten Betriebskapitals durch die Arbeiter und Angestellten sein. So menschenfreundlich das auch gedacht war, die Entwicklung des Gedankens der Gewinnbeteiligung ist nicht in dem Maße vorwärts gekommen, wie es diesen Leuten vorschwebte.

In Deutschland führten die Messingwerke von W. Borchert junior die Gewinnbeteiligung in der Weise ein, den Interessengegenstand zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglichst auszugleichen. „Der nach Abzug von 6% Kapitalzinsen verbleibende Reingewinn fiel darnach zur Hälfte an die Unter-beamten und Arbeiter nach dem Verhältnis ihrer Gehälter und Löhne.“ Die Arbeiter konnten auch Kapital einlegen. Aber schon nach fünf Jahren war es mit dieser Gewinnbeteiligung zu Ende. Die Verteilung des Gewinnanteils am Jahresende war den Arbeitern zu weit hinausgeschickt und er war ihnen zu unbestimmt, als daß sie von ihm zu größtem Fleiß und größter Sorgfalt angetrieben wurden. Der Unternehmer aber war der Meinung, daß es ungerecht sei, wenn die Arbeiter Beträge erhielten, zu deren Entstehung sie nichts beigetragen hätten (wie z. B. günstiger Einkauf und Verkauf von Waren). Die Galle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei rühmte ihrer Gewinnbeteiligung nach, daß sie bessere Leistungen erzielte und eine größere Beständigkeit in der Arbeiterschaft herbeigeführt hätte. Heinrich Freese gibt seinen Beamten und Arbeitern 5 v. H. vom Reingewinn. Nach seinen eigenen Angaben ist diese Summe sehr verschoben ausgefallen. „Ich bin aber bei meinen Mitarbeitern immer einer verständnisvollen Teilnahme und dem Wunsch begegnet, nach Kräften an dem Gedeihen des Unternehmens, an dessen Erträgen alle beteiligt waren, beizutragen.“

Von besonderer Bedeutung ist die Einrichtung der Gewinnbeteiligung der Firma Carl Zeiss, Jena. Professor Abbe, der eigentliche leitende Geist der Firma, hat sehr ausführlich darüber berichtet. Die Erfolge des Seclair'schen Betriebes führt Abbe darauf zurück, daß die Arbeiter nach der Art ihrer Tätigkeit wenig beaufsichtigt werden können und der Ver-suchung zu allerlei Zeitvertreib ausge-setzt seien. Es sei ganz verständlich, daß die Gewinnbeteiligung bei ihnen als besondere Ermunterung auf die nicht vertretbare Zeit und auf nicht ver-schüttete Fortschritte wirken mußte. „Solche Umstände aber werden nur ausnahmsweise eintreten.“ Meistens würde der Spielraum für eine besondere Belohnung für parjames Umgehen mit dem Material und die fleißige Ausnutzung der Arbeitszeit viel beschränkter sein und ganz besonders in der Ausnutzung der Zeit nicht an das Akkordlohnssystem heranreichen. Denn im günstigsten Falle bekomme der Arbeiter bei der Gewinnbeteiligung doch nur einen Teil von dem, was

meinnützigste Deutsche Volksversicherung A. G. Solches ist erhältlich bei den Rechnungsstellen oder beim Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften (Abt. Volksversicherung) Köln a. Rh., Benloerwall 9. Es werden auch allerwärts noch Mitarbeiter gegen Provisionen gesucht.

„Bürgerliche Lügen.“

Die kommunistische „Rätezeitung“, die sich als „Organ der Interessengemeinschaft der Auswanderungsorganisationen nach Sowjetrußland und der Erwerbslosenräte Deutschlands“ vorstellt, bringt einen Aufsatz „Die Lage der Industrie Sowjetrußlands“, in dem die ganze Trostlosigkeit der Lage der Industrie Sowjetrußlands unumwunden zugegeben wird. Jedenfalls läßt sich das alte Märchen von der Herrschaft des Sowjetparadieses nicht mehr aufrecht erhalten, und es ist bezeichnend, daß gerade das Organ „der Auswandererorganisationen“ es jetzt für angebracht hält, die traurige Wahrheit über das gelobte Land vor dem erstaunten auswanderungslustigen Michel zu enthüllen. Es finden sich in dem Aufsatz Ausdrücke, wie „die tragischen Resultate“ (der Leistungen) der russischen Industrie. Es wird von einer „Transportkrise“ gesprochen, die „es unmöglich mache, die Industriebevölkerung der großen Städte ausgiebig zu versorgen.“ Es wird zugegeben, daß „von den 4000 nationalisierten Unternehmungen“ „zu Anfang dieses Jahres“ nur noch „ungefähr 2000 in Betrieb“ gewesen seien, usw. usw.

Sier noch einige Proben: „Man kann sagen, daß fast alle Industriezweige nur 30 bis 40 Prozent der Friedensleistungen erreicht haben.“

„Besonders traurig sieht es in der Textilindustrie aus. Die Produktion betrug hier 10 Prozent der Friedensproduktion. Von rund sieben Millionen Spindeln war kaum eine halbe Million im Betriebe, von 164000 Maschinen nur 11 Prozent.“

Noch vor einigen Wochen wären diese Wahrheiten in den Spalten der „Rätezeitung“ unmöglich gewesen, damals hießen diese Dinge „verleumderische, infame Mache der bürgerlichen Presse“, „Lügen der Pressekapitalen des Kapitals“ und ähnlich.

Bekanntlich haben ja Schljapnikow und Kopp, die offiziellen Vertreter Sowjetrußlands, schon mehrmals recht deutlich abgewinkt und die Begeisterung der deutschen Auswanderungslustigen gedämpft. Jetzt macht auch das „Organ der Auswandererorganisationen“ mit Scheinbar hat man in Rußland doch nicht damit gerechnet, daß es in Deutschland so viel Dumme gibt, die auf diesen echt bolschewistischen Propaganda-Kummel hereinfließen würden, und schiebt jetzt einen Kiesel vor.

Allgemeine Rundschau.

Der Reichsverband der Gasthausangestellten teilt uns mit, daß die durch die Tagespresse gegangene Notiz von der beschlossenen Gründung einer Einheitsorganisation nicht den Tatsachen entspricht. Es handelt

sich dabei lediglich um einen Beschluß der den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörenden Verbände der gastwirtschaftlichen Angestellten, eine Verschmelzung der in diesem Gewerkschaftslager stehenden Verbände herbeizuführen. Der Reichsverband der Gasthausangestellten legt Wert darauf, festzustellen, daß er gemäß seinen Grundzügen, die durch seine Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften gegeben sind, gewerkschaftlich und organisatorisch seine Selbständigkeit bewahrt. Davon, daß alle Angestellten des Gastwirtsberufes in einer Einheitsorganisation auf freigewerkschaftlicher Grundlage zusammengeschlossen sind, kann also keine Rede sein.

Wollen wir das Theater den Sozialdemokraten überlassen?

Die Entwicklung unseres Theaterwesens drängt überall dahin, durch eine Organisation der Besucher unseren Theatern den rein kapitalistischen Charakter zu nehmen. So bilden sich allenthalben Theatergemeinden, die in Zukunft die Träger der kulturellen Funktionen des Theaters sein werden. Ohne sie wird die erstrebte Sozialisierung der Theater nicht erreicht werden können.

Die Sozialdemokratie hat die Zeichen der Zeit klar erkannt und macht deshalb die größten Anstrengungen, die ihr weltanschaulich nahestehende freie Volksbühnenbewegung auch außerhalb Berlins festen Fuß fassen zu lassen. Ein Generalsekretariat der freien Volksbühnen ist im Entstehen und wird in den nächsten Monaten in zahlreichen deutschen Städten Volksbühnen Gründungen vornehmen. Demgegenüber gilt es, in christlichen Kreisen auf dem Posten zu sein. Das ganze deutsche Theaterwesen steht vor einer furchtbaren Krise und wird in Schmutz und Schand verfallen, wenn sich nicht starke Konsumentengruppen bilden, die dafür sorgen, daß unserem Volke reine und edle Kunst geboten wird.

Die große christliche Theaterorganisation ist der Bühnenvolksbund (Vereinigung zur Theaterpflege im christlich-deutschen Volksgeist) Sitz Frankfurt a. M., Eisener Hand 35. Er ist nicht gewillt, den Sozialdemokraten allein das Feld zu überlassen, sondern will das seine tun, daß der christliche Kulturgedanke in Zukunft auf dem Gebiete des Theaters nicht ausgeschaltet werden kann. Allenthalben ist er bestrebt, Ortsausschüsse zu errichten, die sämtliche christlichen Verbände und Vereine einzelner Städte in sich zusammenfassen und darüber hinaus an die Bildung selbständiger christlicher Theatergemeinden gehen. Diese Form der Organisation darf sich nicht nur auf die Theaterstädte erstrecken, sondern muß sich auch auf die Theaterlosen ausdehnen, die ja bei der geplanten Neuorientierung des gesamten Theaterwesens in Zukunft weit mehr als bisher durch Wandertheater usw. versorgt werden sollen.

An die großen christlichen Arbeitermassen ergeht hier in erster Linie der Ruf. Ihre Führer haben die wichtigen Aufgaben, die ihrer da harren, klar bezeichnet. So schrieb der preussische Minister für Volkswohlfahrt, Stegertwald, am 10. Mai 1920 an die Leitung des Bühnenvolksbundes:

„Die christlich-deutsche Theaterbewegung, die in verschiedenen Städten schon sehr erfolgreich fortgeschritten ist, verdient unsere lebhafteste Förderung. Sie soll dazu beitragen zur sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes auf einem seither von uns stark vernachlässigten Gebie-

und die lebendige Anteilnahme der christlichen Arbeiter und Angestellten am Kultur- und Geistesleben herbeiführen helfen.“

Für die geistige Zukunft des deutschen Volkes, soweit dieselbe durch den Geist des Theaters mitbestimmt wird, sind diese Monate von entscheidender Bedeutung. Nun gilt es, die christliche Theaterbewegung in allen Städten einzuführen, sonst könnten uns die sozialdemokratischen freien Volksbühnen zuvor.

Die Abstimmung in den Grenzgebieten.

Mit größter Befriedigung hat die deutsche Bevölkerung das Resultat der Abstimmung der zweiten schleswigschen Zone begrüßt. Auch die Stimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy läßt erhoffen, daß das Wort der dortigen Bevölkerung zugunsten Deutschlands ausfällt. Noch stehen wir in wichtigen Gebieten, die an Polen abgetreten werden sollen, wie Oberschlesien, Westpreußen und ein Teil Ostpreußens, vor der Abstimmung. Es ist Pflicht aller Schlesier, West- und Ostpreußen, die aus den bedrohten Gebieten stammen, an der Abstimmung teilzunehmen. Um diese Abstimmung zu erleichtern, wird die Regierung den Abstimmenden hinsichtlich der Beförderung in die Heimat und zurück zu ihrem Wohnorte weitgehendst entgegenkommen. Der Zentralvorstand der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigt sich auch in seiner Sitzung vom 15. April 1920 mit der Frage, wie die Arbeitgeber den stimmberechtigten Arbeitern, Angestellten und Beamten ebenfalls die Abstimmung erleichtern können. Herr Dr. Hoff vom Reichsverband der deutschen Industrie erklärte sich bereit, zu veranlassen, daß sowohl der Reichsverband der deutschen Industrie als auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände dahin aufgefordert werden, an ihre Mitglieder ein Schreiben zu richten mit dem Ersuchen, ihren Arbeitnehmern, die an der Volksabstimmung teilnehmen, alle nur möglichen Erleichterungen zu gewähren. Das kann natürlich nur dahin verstanden werden, daß den Arbeitnehmern die nötige Zeit zur Abstimmung freigegeben und daß der Lohnausfall gezahlt wird. Wir hoffen und wünschen, daß kein stimmberechtigter christlicher Gewerkschaftler zum Verräter an seinem Vaterlande wird, indem er sich von der Abstimmung fernhält. Es kommt auf jede Stimme an!

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

Hat in der letzten Zeit insofern eine Verschlechterung erfahren, als die Zurückhaltung der Käufer im Einzel- und im Großhandel ihre Wirkung auch auf die Fabrikation ausübte. Die Nachrichten über größere Betriebserschütterungen und sogar über Arbeiterentlassungen sind vorläufig mit Vorbehalt aufzunehmen. Es ist aber unstrittig, daß solche Maßnahmen platzgreifen werden, sofern nicht bald eine Aenderung der Gesamtlage eintritt. Für baumwollene Garne und Gewebe werden Preisrückgänge gemeldet. Die stattgehabten Wollauktionen nahmen einen sehr flauen Verlauf. Auch die Meldung von den ausländischen Rohstoffmärkten über geringe Kaufkraft und teilweise Rückgänge der Preise für Wolle beeinflussen die Unternehmungslust der Verbraucher.

Von den Seidenmärkten

wird berichtet, daß die Nachrichten über geringe Unternehmungslust der Verbraucher in fast allen Produktionsländern eine gewisse Stagnation der Preise hervorgerufen haben. Die Stimmung ist überall abwartend, obwohl die Berichte über den Geschäftsgang bei den Seidenfabrikanten selbst erkennen lassen, daß die Beschäftigung derselben nichts zu wünschen übrig läßt.

Aus unserer Bewegung.

Das Frauenblatt der christlichen Gewerkschaften, eine neugeschaffene Einrichtung für die Kolleginnen.

Mit der letzten Verbandszeitung ist eine Beilage gekommen, das „Frauenblatt der christlichen Gewerkschaften“. Es mag Erstaunen und Freude in euch wachgerufen haben und ihr werdet's, so hoffen wir fest und sicher, auch gelesen haben. Wir können und wollen heute noch nicht fragen, wie es euch gefällt, wenn auch der erste Eindruck gewöhnlich bestimmend sein soll. Aber das wissen wir sicher — es wird euch gefallen und ihr werdet mit ihm vertraut werden.

Dafür jedoch wollen wir von euch ein kleines Opfer ersuchen — kein materielles, denn dies trägt der Verband, der euch damit ein neues Zeichen der Wertung gibt — sondern die Bitte, nun nicht nur das Frauenblatt lesen, sondern nach wie vor auch das Verbandsorgan. Ich höre so oft, daß es leider nur wenig von den Kolleginnen gelesen wird — es ist betrüblich und sagt mir immer wieder, daß viele noch nicht den rechten Gewerkschaftsgeist in sich tragen. Nicht allein das. Unser Verbandsorgan, dem wir so viel Liebe zuwenden, bringt in jeder Nummer eine solche Fülle von Wissen, daß es bei regelmäßiger Durchsicht ein Schulungs- und Bildungsmittel erster Güte ist. Eifrige Leser findet man immer an ihrem Wissen und ihren Kenntnissen — nicht allein in fachlicher Beziehung — heraus. Also macht heute noch den Vorstoß, wohnentlich etwas von eurer Freizeit dem Verbandsorgan zu widmen. Es liegt in unser aller Interesse.

er durch besonderen Fleiß und besondere Umsicht erspart und auch diesen Teil nur bedingungsweise, nämlich nur dann, wenn auch alle anderen ähnlich verfahren.“ Beim Akkordlohn dagegen erhalte er wirklich den Lohn für seine Mehrleistung.

Zu den Vorurteilen von Freese bemerkt Abbe unter anderem: Der Gewinnanteil sei zu unsicher. „Wenn also die Einrichtung die Bedeutung haben soll, das Gesamtinkommen zu erhöhen, so muß eine Garantie da sein, daß das, was der Unternehmer dem Arbeiter am Jahresabschluß zuwendet, nicht vorher am Lohn erspart worden ist. Die Begründungen für die Gewinnbeteiligung laßt er so zusammen: Wohlergehen für alle, Kräfte für die Schwachen, Schild und Wehr für die Kräftigen. Nach seiner Meinung ist der Gewinnbeteiligung nicht jeder Vorteil abzuzurechnen, jedoch für die Arbeiter sei nicht das, wofür sie ausgegeben werde. Schließlich aber führte Abbe selber die Gewinnbeteiligung in den Zeiswerken ein. Allerdings in anderer Form, als sie bis dahin üblich war. Er übergab sein Werk (die Zeiswerke) einer Stiftung und für sie wurden genauere Vorschriften gegeben. Darnach muß den Arbeitern ein bestimmter Mindestlohn gegeben und die Arbeiter dürfen nicht nach Belieben entlassen werden. „Jeder — Arbeiter oder Angestellter — muß mit einem festen Basislohn pro Woche oder Monat eingestellt werden, der bei aller Akkord- oder Stückarbeit als Mindestverdienst gewährleistet ist. Der Basislohn, den einer einmal erlangt und durch ein Jahr oder länger fortbezogen hat, kann von der Firma nicht wieder herabgesetzt werden, auch dann nicht, wenn bei ungünstigem Geschäftsgang die Arbeit eingeschränkt wird.“ Wer drei Jahre im Werk beschäftigt war, muß (wenn ihm nicht wegen eines Verschuldens, sondern im Betriebsinteresse getündigt wird) eine Abgangschädigung (Lohn für ein halbes Jahr) erhalten. Mit der Länge der Dienstzeit wächst die Abgangschädigung. Wir können daraus entnehmen, daß Abbe vor allem die Lebensmöglichkeiten der Angestellten und Arbeiter sichern wollte. Die Gewinnbeteiligung in den Zeiswerken muß danach beurteilt werden. Sie soll in guten wie in schlechten Zeiten eine gewisse Höhe der Lebenshaltung ermöglichen.

In der von Abbe festgelegten Form läßt sich die Gewinnbeteiligung in privaten Betrieben kaum durchführen. Es sei denn, die privaten Unternehmer gestalten ihre Betriebe nach dem Zeis'schen um. Dann aber wären sie keine privaten Betriebe mehr, sondern (wie der Zeis'sche) Stiftungsbetriebe. Die Arbeiter und Angestellten der Zeiswerke sind so halb und halb Mitinhaber der Werke und schon deshalb hat die Gewinnbeteiligung in den Zeiswerken eine andere Bedeutung als in anderen Werken. Er selber kennzeichnet sie so: die Gewinnbeteiligung erscheint unter diesem Gesichtspunkt (daß der Lohn nicht unter eine bestimmte Höhe sinken kann) als unentbehrliches Ergänzungsmitglied eines strengen Lohnsystems, das darauf abzielt, den gewöhnlichen normalen Lohn auch in den Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage als Mindestverdienst zu gewährleisten

— also dem vorbeugen kann, daß auf der Rückseite jeder Welle gelobener Wirtschaftstätigkeit eine große Zahl von Existenzen mit dem Herabfallen in das Proletariat bedroht sei.“

Neuerdings ist die Gewinnbeteiligung wieder von verschiedenen Seiten gefordert worden. Neue Gesichtspunkte für ihre Einführung können aber wohl kaum vorgebracht werden. Unsere Ausführungen zeigen, daß sie da und dort für die Unternehmer, Arbeiter und Angestellten von Nutzen sein kann, daß sie aber nicht das Allheilmittel zur Lösung der sozialen Frage ist. Ja, sie ist meist nicht einmal imstande, die Lohnfrage so fördern oder gar erheblich auf längere Zeit für beide Teile befriedigend zu lösen. Mit einer Arbeiterenschaft, die auf dem Boden gewissenhafter, vernünftiger Gewerkschaftspolitik steht, läßt sich in dieser Frage immer noch reden; aber mit den am weitesten links stehenden Gruppen ist kaum zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Denn sie wollen keine Weiterentwicklung, sondern rasche Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse. In ihren Augen ist die Gewinnbeteiligung letzten Endes doch nur ein Mittel, die verhasste (oder wie sie meinen: verkehrte) Wirtschaftsordnung zu festigen, einzelnen Unternehmen den Hals in die Röhre zu jagen. Mit einer solchen Arbeiterenschaft kann keine Gewinnbeteiligung eingeführt werden, selbst dann nicht, wenn der Betrieb dazu sich eignen sollte.

Vor allem ist bei der Empfehlung der Gewinnbeteiligung daran zu denken, daß nichts zu machen ist, wenn eine erhebliche Zahl von organisierten Arbeitnehmern grundsätzlich dagegen ist. Denn drücken die hervorgehobenen Schichten auf sie: Der Anteil ist zu unsicher, er wird zu spät ausgezahlt und es besteht Zweifel, daß am Arbeitslohn nicht einbehalten ist, was später als Gewinnbeteiligung ausbezahlt wird. Der fleißigere, Emstigere und Lächerlichere muß den Anteil des weniger Fleißigen, weniger Emstigen und Lächerlichen mitverdienen. Wer sich besser bewährt wird, der wird in seinen Anstrengungen nachlassen. Immerhin ist die Gewinnbeteiligung für manche Betriebe ein Mittel zur Förderung des Ertrages oder Gewinnes. Ich kann mich dem ablehnenden Urteil Öhring's (im Weltmarkt) nicht in der von ihm ausgesprochenen Schärfe anschließen: daß sie nach anfänglichen Scheitern nunmehr ein vollständiges Fiasko gemacht habe. Wichtig scheint mir zu sein, daß sie in ihrer Wirksamkeit allzu sehr gepriesen oder überhöht wird. In besonders gearbeteten Betrieben (mit sehr klugen Unternehmern und einer verstandigen Arbeiterchaft) mag sie aber gerade jetzt von Vorteil für die Volkswirtschaft sein. In anderen Betrieben könnten bessere Arten der Entlohnung eingeführt werden, wenn man so will: die genaanten Schichten der Gewinnbeteiligung gebannt werden: Stücklohn mit den zuständigen Organisationen vereinbart werden, Selbstbesitz, vor allem aber rasche Zahlung, damit die Sache auch bald wirkt. F. A. B.

Nun noch ein Wichtiges. Wir haben die erste Nummer des Blattes allen zugänglich gemacht, damit es bekannt wird und alle davon wissen. Für die Folge wird es (sowenig den Kolleginnen zugekauft, jedoch) wird es so verteilt, daß in jede Familie (auch wenn sich mehrere Kolleginnen in derselben befinden) nur ein Exemplar, und zwar gratis, kommt. Die Herstellungskosten sind heute so hoch, daß wir mehr nicht überweisen können. Wer es trotzdem doppelt haben will, kann das Blatt abonnieren, und zwar beim Arbeiterinnendezernat, Köln, Venloerwall 9.

Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung des Sauerlandes.

Der christliche Textilarbeiterverband hat schon längere Zeit eine Geschäftsstelle mit dem Sitz in Meschede errichtet. Nunmehr hat auch der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands eine solche eingerichtet, und zwar in

Schmallenberg, Dijkstraße 29.

Die christliche Textilarbeiterchaft, die immer mehr die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkennt, wird durch die Einrichtung des Sekretariates gewaltig gestärkt. Die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterchaft des Sauerlandes durch die christlichen Gewerkschaften ist durch die Errichtung eines Kartellsekretariates in Aitendorn eine noch festere geworden. Wenn man diese Arbeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in der kurzen Zeit, seit eben einem Jahre, verfolgt hat, dann muß diese Arbeit nicht nur anerkannt und gewertet werden, sondern sie gibt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft Anlaß. Über große Hoffnungen sind auch noch zu erfüllen, wenn die Gleichberechtigung der Arbeiterchaft nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis durchgeführt, die Löhne in etwa der Kaufkraft des Geldes angepaßt, die soziale Fürsorge auf allen Gebieten zum Segen der Arbeiterchaft ausgebaut und auch der Wohnungsnot gesteuert werden soll. Diese großen Aufgaben erfüllen zu helfen, wird das Sekretariat des christlichen Textilarbeiterverbandes an erster Stelle berufen sein.

In diesem Sinne begrüßen wir die Errichtung des Sekretariates für das Sauerland und hoffen, daß eine wirklich erspriechliche Arbeit in christlich-sozialem Geiste möglich wird, zum Segen unserer gesamten Arbeiterchaft.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Cöln. Unsere am 5. Mai stattgefundene Versammlung war mächtig besucht. Kollege Schödbert gab die Tagesordnung bekannt. Nachdem das Protokoll verlesen, erstattete Kollege Joh. Weis den Quartalsbericht, welcher von dem Kollegen Thelen als Referat für richtig befunden erklärt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Kollege Janjen erhielt hierauf das Wort zu seinem Vortrage: Was lehren uns die getätigten Betriebsratswahlen? Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß es unbedingt notwendig sei, unsererseits mehr Einfluß in den Betriebsräten zu erlangen. Dieses könne jedoch nur geschehen, indem sich jedes Mitglied zur Pflicht mache, ein Agitator für unsere Bewegung zu sein, um so unsere Mitgliederzahl zu stärken und bei den nächsten Betriebsratswahlen mit einem besseren Ergebnis abzuschneiden. In der Aussprache wurden die gemachten Ausführungen allgemein als richtig anerkannt und beschlossen die anwesenden Kollegen alles daran zu setzen, um auch den letzten Faltschorganisierten für unsere Bewegung zu gewinnen.

Nachdem beschlossene, die nächste Versammlung an einem Sonntag in Köln-Nickelnberg stattfinden zu lassen, wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden, Kollegen Schödbert, geschlossen.

Geierode. Bei herrlichem Sonnenschein bereinten sich eine Anzahl Ortsgruppen des Sauerlandes zu einer imponanten Kundgebung für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Mit klingendem Spiel ging durch die Straßen des Ortes, um Aufstellung bei dem Gasthaus zur Post zu nehmen, wo auf einer mit Maiengrün geschmückten Bühne Gewerkschaftssekretär Hufe-Heiligenstadt eine Ansprache hielt. Derselbe führte aus: Die verhängnisvollen Wirkungen des Weltkrieges haben das alte gestürzt, eine neue Zeit ist angebrochen. Nicht nur das staatliche und politische, sondern auch das wirtschaftliche Leben ringt nach Neu- und Umgestaltung. Hunderttausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten strömen den Berufsorganisations zu. Wir leben in einer gewerkschaftlichen Sturm- und Drangperiode, wie sie in der Vergangenheit in keinem Industriegebiet der Welt erlebt wurde. Es gibt heute schon ganze Industriebezirke sowie auch Einzelbetriebe, wo unorganisierte Arbeiter keine Beschäftigung mehr finden können. Wir stehen daher vor der Frage, welcher Organisation wir uns anschließen? Für das Sauerland, wo noch der christliche Weltanschauungsgehalt Gemeingut ist, kann nur die christliche Gewerkschaftsbewegung in Frage kommen. Der Sozialistenführer Bebel sagte: Christentum und Sozialdemokratie stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Wir christliche Arbeiter wollen ein lebendiges Christentum, das sich im Leben, entsprechend seiner Grundsätze von Gerechtigkeit und Nächstenliebe, Pflichtbewußtsein und Verantwortungsbewußtsein praktisch auswirkt und überall zur Geltung kommt. Den wirklichen Grundsätzen des Christentums entspricht es, daß nicht der Mammonismus und die Macht regiert, sondern daß Recht und Gerechtigkeit walten und der Mensch im Menschen geachtet wird. Im Mittelpunkt der Wirtschaft soll nicht mehr der Mammon, sondern der Mensch und die Interessen der staatlich organisierten Volksgemeinschaft stehen, höher als die Gewinninteressen einzelner Volksschichten stehen. Erfindlicher Weise hat sich der christliche Textilarbeiterverband gleich den übrigen Berufsverbänden sehr glänzend entwickelt. Mit den Unternehmernorganisationen konnten Tarifverträge abgeschlossen werden, welche der Arbeiterchaft besondere Vorteile sicherten. Niemals hat Geierode eine so mächtige Kundgebung in seinem Mauerwerk gesehen. Der christliche Textilarbeiterverband schloß sich dem Festzuge an; Anrufe und Aushängeschilder ließen das Herz eines jeden Gewerkschaftlers höher schlagen. Nach dem Umzuge vereinigten sich die Ortsgruppen zu einer Festversammlung, geleitet vom Kollegen Lauffer, in welcher Hufe-Heiligenstadt über ein zeitgemäßes Thema sprach. Herr Pfarrer König-Geierode behandelte durch sein Erscheinen sein reges Interesse für die christliche Gewerkschaftsbewegung und sprach Worte der Freude und Ermunterung. Götter, wir, daß unsere Bewegung

auf dem Sauerlande immer mehr an Ausdehnung gewinnen möge und daß das Sauerland eine Hochburg unserer Bewegung werde.

Linderode. In Linderode hat nun der christliche Textilarbeiterverband auch seinen Einzug gehalten. Es haben sich bereits eine schöne Anzahl Kollegen und Kolleginnen unserem Verbands angegeschlossen. In der am 10. Mai abgehaltenen Versammlung, die von unseren Mitgliedern fast vollständig besucht war, sprach Kollege Fassbender aus Forst über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften. Derselbe betonte besonders deren Notwendigkeit und zeigte in längeren Ausführungen, daß der christliche Textilarbeiterverband nicht nur gewillt, sondern auch in der Lage ist, die Interessen seiner Mitglieder nach jeder Richtung hin zu wahren. Kollegin Hermann aus Sorau sprach darauf in zu Herzen gehenden Worten, das Gehörte in die Tat umzusetzen und tatkräftig an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften mitzuarbeiten und nicht nur die Beiträge zu zahlen, sondern auch neue Mitglieder zu werben und nicht zu ruhen, bis auch der letzte Textilarbeiter und die letzte Arbeiterin sich unserem Verbands angegeschlossen hat. Aus der Versammlung heraus wurde an einem Beispiele gezeigt, wie christlich Organisierte in wahrer

stark zu unterzeichnen oder die Richtung seiner Organisation anzugeben. Nachdem dieses unklare Dokument unter der Arbeiterschaft große Entrüstung hervorruft, hat man die Schuld hieran auf die Christlichen abgeladen. Hiermit eine von den vielen Agitationsmethoden, welche von den Volksbegleitern betrieben wird. Daß sich die Arbeiterchaft von Ravensburg für solch eine Interessenvertretung bedankt, beweist das ständige Anwachsen unserer Ortsgruppe.

Biersen. Ein Verstoß gegen Recht und Freiheit. In einer hiesigen Möbelfabrik traten am 9. April infolge Differenzen die Arbeiter in den Ausstand. Die Verehrung ist dadurch nachgewiesen, daß der Firmeninhaber infolge Tarifbruchs beim Schlichtungsausschuß nicht zu seinem vollen Rechte kam.

Nun erging folgendes Rundschreiben an die Biersener Arbeitgeber:

An die Mitglieder der allg. Vereinigung der Arbeitgeber Biersens!

Hierdurch teile ich Ihnen höflichst mit, daß die in beliegender Aufstellung mit Namen angeführten Arbeiter bei der Firma Friedrich Heine, Möbelfabrik in Biersen, die Arbeit eingestellt haben. Unter höchster Bezugnahme auf die diesbezügliche Vereinbarung bitte ich Sie, bis zur Regelung der Angelegenheit zwischen den Beteiligten von einer Einstellung dieser Arbeiter abzusehen.

Hochachtungsvoll F. H. Goeterz
i. V. der allg. Vereinigung der Biersener Arbeitgeber.
(Folgen 17 Namen der Streikenden.)

Hieraus ergibt sich, wie die Herren Arbeitgeber von Biersen ihren Arbeitern gegenüber handeln. Also auch heute noch schwarze Listen! Möge die Arbeiterchaft ihre Lehre daraus ziehen.

Im Deutschen Reich besteht für die Reichsangehörigen Freizügigkeit. Sie ist ein hohes Gut und hat zur Aufschwung der Industrie wesentlich beigetragen. Man kommt aber ein Arbeitgeberverband und macht dieses Recht praktisch illusorisch mit seinen sogenannten schwarzen Listen. Ob denn die Vereinigung der Biersener Arbeitgeber wirklich ernstlich glaubt, mit dieser vorrätigen Maßnahme der Schatzmacher das Rad der Zeit aufhalten zu können? An diesem Vorgang ist wieder einmal deutlich erkennbar, daß an gewissen Leuten in Deutschland sowohl Krieg wie Revolution spurlos vorübergegangen sind. Sie haben halt nichts gelernt und nichts vergessen!

Die Arbeiterchaft will ihre Bewegungsfreiheit, ihre gesetzlichen Rechte, sie will ihre Kräfte frei und ungehindert entfalten können. Wo ihr das durch schwarze Listen verweigert wird, kann das nicht ohne nachteilige Folgen bleiben. Muß nicht das Recht empfinden, das doch gerade beim tätigen, strebsamen Arbeiter besonders ausgeprägt ist, ganz empfindlich abgestumpft werden, wenn die Arbeitgeber solche Maßnahmen treffen? Muß nicht die Arbeits- und Berufsfreiheit des Arbeiters erheblich leiden, wenn er sich sagen muß, ich bin in meinem Beruf, in meiner Bewegungsfreiheit erheblich beschränkt? Muß nicht ein solches System berechnete Mißstimmung und noch mehr Unzufriedenheit erzeugen? Wenn wir uns diese Folgen vor Augen führen, dann müssen wir mit Recht sagen: Das System der schwarzen Listen ist ein Krebsgeschwür, nicht zuletzt auch für die Arbeitgeber selbst!

Breden. Hier fand eine vom christlichen Textilarbeiterverband einberufene Versammlung statt, die recht zahlreich besucht war. In der Versammlung, welche vom Vorsitzenden Beverborg geleitet wurde, hielt Gewerkschaftssekretär Kollege Dieker aus Hahns einen Vortrag über die Verhandlungen des neuen Lohntarifs in Münster. Der Referent behandelte im ersten Teil seines Vortrages das Ergebnis des Lohnabschlusses, die Preisabschlagung der Baumwolle und den schlechten Absatz der fertiggestellten Waren. Dann deutete er darauf hin, daß dennoch das Möglichste getan wurde, den Lohnabschluß so zu gestalten, daß auch eine Familie davon leben kann. Über dieses ist leider nicht zum Besten ausgefallen. Als darauf hingedeutet wurde, daß für die heutigen Verhältnisse die Löhne nicht ausreichen, wurde ein Grundlohn von 3,55 M. bewilligt. Ferner wurde von Seiten der Arbeitgeber eine tariflose Zeit angedeutet, was aber von Seiten der Gewerkschaft abgelehnt wurde. Und so war es in der ersten Sitzung nicht zu einem Abschluß gekommen. Der Referent sprach dann im zweiten Teil seines Vortrages über die zweite Sitzung, wo weiter verhandelt wurde über den Grundlohn von 3,55 M. Es kam zu einem Abschluß, in welchem die jüngeren und jugendlichen Kollegen und ganz besonders die Kolleginnen besser abgestimmt haben, wie die älteren und verheirateten Kollegen. Am schlechtesten ist der Abschluß ausgefallen für die Hilfsarbeiter. Ferner wurde für die Verheirateten die doppelte Kinderzulage gewährt. Der Referent erörterte dann noch einige Punkte von dem Ergebnis der Sitzungen in Münster. Zum Schluß sprach er noch von den Betriebsräten und legte dann in deutlichen Worten die Aufgaben der Betriebsräte klar. Der Vorsitzende Beverborg gab den Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Dieker zur Diskussion und fand hiermit die Versammlung ihren Abschluß.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Demokratie und christliche Arbeiterbewegung. — Zur gegenwärtigen Lage in der Textilindustrie. — Der Pharisäer im Versicherungssach! — Bürgerliche Lügen. — Pfeiffer: Gewinnbeteiligung. — Allgemeine Rundschau: Der Reichsverband der Gasthausangestellten. — Wollen wir das Theater den Sozialdemokraten überlassen? — Die Abstimmung in den Grenzgebieten. — Aus unserer Industrie: Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. — Von den Seidenmärkten. — Aus unserer Bewegung: Das Frauenblatt der christlichen Gewerkschaften, eine neugegründete Einrichtung für die Kolleginnen. — Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung des Sauerlandes. — Berichte aus den Ortsgruppen: Cöln. — Geierode. — Linderode. — Odenkirchen. — Ravensburg. — Biersen. — Breden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 56, Konradstraße 7.

Arbeite mit!

Der Verband bist Du, Deine Mitarbeiter im Betriebe und die größte Zahl der Mitglieder, die mit Dir gleichen Sinnes sind.

Du hast den Achtstundentag!

Der pflichtbewusste Verbandsangestellte kennt ihn nicht. Opfere von der Zeit, die Du heute weniger an den Betrieb gebunden, eine halbe Stunde nur täglich dem Verband.

Werbe neue Mitglieder!

Mäde Fernstehende auf, wirle als Vertrauensperson oder Vorstandsmitglied in der Ortsgruppe. Zeige durch Deine Mitarbeit, daß Du mit ganzer Seele bei der Sache bist.

Kollegialität bestrebt sind, selbst Andersorganisierten in ihrem Fortkommen behilflich zu sein, was von anderer Seite systematisch verweigert wurde. Nachdem die Vorsitzende den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen gedankt hatte, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen mit dem Wunsch, nun bei den Mitarbeitern tätig zu agitieren und in den nächsten Versammlungen ebenso zahlreich zu erscheinen.

Wir aber rufen den neuen Kollegen und Kolleginnen ein herzliches Willkommen zu und hoffen, daß sie sich in unserem Verbands recht wohl fühlen und sich bald zu überzeugten christlichen Gewerkschaftlern heranbilden, um mitzuarbeiten an dem hohen Ziele, welches wir uns gestellt haben, im Interesse der Arbeiterchaft und zum Wohle der Gesamtheit.

Odenkirchen. Wir müssen Unterrichtscurse haben für unsere Betriebsräte. Diese Forderung wird jetzt allgemein erhoben. Die Betriebsräte sollen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit geschult werden. Ganz recht! Müßten es nun unbedingt hochschulmäßige Kurse sein? Kann man nicht in einer anderen, einfacheren Form denselben Zweck erreichen? Den Versuch haben wir in Odenkirchen gemacht durch eine vollständig besuchte Konferenz unserer Betriebsratsmitglieder samt deren Eheleute. Unser Sekretariatsleiter, Kollege Müller, leitete in dieser Konferenz den gegenwärtigen schlechten Geschäftsgang, die Ursachen, worauf in allgemeiner eine schlechter Geschäftsgang zurückzuführen sei, und kennzeichnete dann die Maßnahmen der Arbeitgeber in unserem Bezirk, welche darauf hinausgehen, die Arbeiterchaft ihrem Willen gefügiger zu machen. Man habe sogar versucht, durch Drohungen einen moralischen Druck auf die Arbeiterchaft auszuüben, um schließlich die Organisationen zu kassieren. Die Organisation, indem wir dafür Sorge tragen, daß der Verband leistungsfähig bleibt. Wenn auch die Arbeitszeit in einzelnen Betrieben um einige Stunden eingeschränkt worden sei, so dürfe das kein Grund sein, dem Verbands die Beiträge zu verweigern. Nur eine starke und finanziell leistungsfähige Organisation sei in der Lage, die uns drohenden Verjüngungen wirksam abzuwehren. Auch die Betriebsräte könnten nur dann erfolgreich tätig sein, wenn sie eine geschlossene organisierte und opferfertige Arbeiterchaft hinter sich haben. An diese klaren Ausführungen schloß sich dann ein interessanter Aussprache an und einigte man sich zum Schluß, solche gemeinsamen Konferenzen regelmäßig alle 14 Tage abzuhalten, in der hauptsächlich praktische Fragen erörtert werden sollen. Es führen viele Wege zum Ziel, und wenn solche regelmäßigen Konferenzen gut vorbereitet und tatkräftig gut geleitet werden, bedeuten sie immerhin eine günstige Bildungsgelegenheit für unsere Betriebsräte.

Ravensburg. Im „Textilarbeiter“, dem Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Nr. 18 vom 30. April, lesen wir ein wahres Loblied, wie die Interessen der hiesigen Arbeiter vertreten werden. Daß in der ganzen Sache mehr Gehör als Lärm liegen, mögen nachfolgende Zeilen beweisen. Am 27. 2. 1920 fanden mit den Arbeitgebern der Reichsindustrie Verhandlungen über Feuerungszulagen statt, welche ergebnislos blieben. Die Arbeitgeber erklärten, ihr äußerstes Angebot sei für männliche Arbeiter 33% und weibliche 15%. Am 1. 3. 1920 hat eine von den freien Gewerkschaften einberufene Versammlung zu obigen Angebot Stellung genommen und Gemisse Steinbach beauftragt, weitere Schritte zu unternehmen. Steinbach hat eine Resolution ausgearbeitet und den Arbeitgebern vorgelesen. Wir lassen den Wortlaut folgen: „Auf Grund der am 27. 2. 1920 stattgefundenen Verhandlungen über die Arbeiter-Schulden-Verhandlung für die Sauerländische Textilindustrie zugestanden Feuerungszulage spricht die heute von allen Betrieben gut besuchte Versammlung ihr tiefstes Bedauern aus. Die Versammlung verlangt einstimmig die zugestimmte Feuerungszulage und beantragt ihre Vertreter, demgemäß zu verhandeln.“ Erwähnen möchten wir noch, daß der Beauftragte nicht den Rat fand, dieses Schrift-